

Nikolaus Werz

## **Die Außenpolitik. Vom Demokratieexport zur “Diplomatie der Völker”<sup>1</sup>**

Die außenpolitische Rolle Venezuelas resultiert aus seiner Geschichte, der frühen Unabhängigkeit unter Simón Bolívar und dessen gesamtlateinamerikanischen Anliegen. Aus diesem Grunde wird von einem “neobolivarianischen Konsens” (Boersner 1987: 1) und einem idealistischen Grundzug in der venezolanischen Außenpolitik gesprochen. Es dauerte allerdings bis 1958, das heißt bis zum Übergang von der Diktatur zur Demokratie, bevor diese Ausrichtung tatsächlich zum Tragen kam (allgemein zur Außenpolitik Bond 1977; Carlisle 1979). Durch den Ölreichtum hat es sowohl in den 1970er Jahren als auch Anfang des 21. Jahrhunderts die Möglichkeit gegeben, dem Land eine gewisse Rolle in der Weltpolitik zu eröffnen (Boeckh 2002). Nach dem starken Anstieg der Energiepreise und im Zuge verstärkter außenpolitischer Aktivitäten der Regierung von Präsident Chávez ist erneut von *Petropolitics* und Petro-Diplomatie die Rede.

### **1. Grundlagen der venezolanischen Außenpolitik**

Unmittelbar nach dem Erfolg der Unabhängigkeitsbewegung vom 19. April 1810 unternahm die venezolanische Regierung den Versuch, diplomatische Beziehungen zum Ausland aufzunehmen. Die ersten Delegationen wurden 1810 mit Simón Bolívar an der Spitze nach England bzw. 1815 unter Pedro Gual in die USA entsandt. Nachdem im Dezember 1819 der Kongress von Angostura die Republik Groß-Kolumbien ausgerufen hatte, der die heutigen Staaten Venezuela, Kolumbien, Panama und Ecuador angehörten, lässt sich bis zu deren Auseinanderfallen 1830 nicht mehr von einer eigenen venezolanischen Außenpolitik sprechen. Der Venezolaner Don Pedro Gual wurde erster Außenminister Groß-Kolumbiens.

---

1 Die Ausführungen beruhen unter anderem auf einem Aufenthalt im September 2007 in Caracas. Der Autor dankt der venezolanischen Botschaft in Berlin für die Herstellung von Kontakten, den Mitarbeitern im Archiv der *Casa Amarilla* (Außenministerium) sowie Prof. Dr. Friedrich und Barbara Welsch für die freundliche Unterstützung. Stefan Altkrüger sei für die Lektüre des Manuskriptes gedankt.

Danach ging es zunächst um die Anerkennung durch Spanien (1845) sowie die ebenso komplizierte wie langwierige Grenzziehung mit Neu-Granada und Guayana. Unter der Herrschaft von Antonio Guzmán Blanco (1870-1888), dem sogenannten *Guzmanato*, lag der Akzent auf der Innenpolitik: Die Gründung einer Schule für die Ausbildung von Diplomaten, wie es der etwa zeitgleich in Brasilien regierende Ríó Branco getan hatte, erfolgte nicht (Picón 1999: 135). Im Fehlen von geeignetem Personal sehen venezolanische Autoren einen der Gründe für das schlechte Ergebnis des eigenen Landes beim 1897 erfolgten Schiedsgerichtsvertrag zwischen Großbritannien und Venezuela um Guyana. Die Reduzierung des venezolanischen Territoriums wird in mehr als einer Publikation beklagt (Herrera 1979).

1901 kam es aufgrund der Unterstützung, die Präsident Cipriano Castro (1899-1908) den Liberalen im Nachbarland während des sogenannten "Bürgerkriegs der 1.000 Tage" gewährt hatte, zur militärischen Intervention Kolumbiens in Venezuela und anschließend zur venezolanischen Invasion in die kolumbianische Guajira.

Erst mit dem Beginn der massiven Erdölförderung in den 1930er Jahren begann Venezuela in eine außenpolitische Rolle hineinzuwachsen. Zu den historischen Legaten gehört dabei der Rekurs auf den Begründer des Vaterlandes, Simón Bolívar. Mit seiner Befreiung eines erheblichen Teils Südamerikas von der spanischen Kolonialherrschaft habe er eine Vorbildfunktion und prädestiniere Venezuela für höhere Aufgaben in Lateinamerika.

Neben den gestiegenen Öleinnahmen waren die Auswirkungen der Kubanischen Revolution 1959 und der Kalte Krieg dafür verantwortlich: Nach dem Sturz von General Pérez Jiménez am 23. Januar 1958 hatten es sich die Partei der Demokratischen Aktion (*Acción Democrática*, AD) und der neue Präsident Rómulo Betancourt (1959-1964) zum Ziel gesetzt, auch andere lateinamerikanische Länder von Diktaturen zu befreien. Die später als "Betancourt-Doktrin" bezeichnete Konzeption beinhaltete den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Staaten, in denen nicht gewählte Präsidenten an die Macht gelangt waren. Betancourts Überlegungen hatten mit eigenen politischen Erfahrungen zu tun: Zum einen musste er in seinem politischen Leben, zu dem auch die kurzfristige Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Costa Ricas gehörte, selbst ins Exil gehen. Zum anderen sah sich die junge venezolanische Demokratie nach 1958 zunächst durch Angriffe rechter Militärs und Diktatoren, ab 1961 von einer linken Guerilla mit castristischer Unterstützung herausgefordert. Präsident Betancourt avancierte damals zum engen Verbündeten der USA und des Westens; in der internationalen

Presse wurde er als demokratischer Revolutionär dargestellt, u.a. in einer Titelgeschichte von *Der Spiegel* am 17. Dezember 1958.

Neben dieser pro-demokratischen Grundausrichtung der venezolanischen Diplomatie in den sechziger Jahren bestimmte der Wunsch nach einer Ausweitung des nationalen Anteils an der Ölförderung die Außenbeziehungen. An der Gründung der *Organization of the Petroleum Exporting Countries* (OPEC) 1960 war das Land beteiligt. Die 2. Konferenz der OPEC, bei der die Statuten erarbeitet wurden, fand 1961 in Caracas statt. Venezuela geriet dadurch in dreifacher Hinsicht in eine Mittlerposition: Im Verhältnis zu anderen Öl exportierenden Staaten, gegenüber den Industrienationen und mit Blick auf die Länder der Dritten Welt, die kein Erdöl produzieren (Escovar Salom 1980). Nach der Nationalisierung der Öl- und Eisenerzindustrien 1975/1976 unter Präsident Carlos Andrés Pérez nahm das potenzielle außenpolitische Gewicht Venezuelas zu, gleichzeitig entstand die Notwendigkeit, eine neue mittelfristige Ölpolitik zu entwerfen.

Unter geopolitischen und geoökonomischen Gesichtspunkten ist Venezuela sowohl dem andinen als auch dem karibischen Raum zuzuordnen. Als südamerikanischer Flächenstaat umfasst es Teile des Amazonas. Wirtschaftlich orientiert sich das Land traditionell in Richtung Norden, zumal der Löwenanteil der Ölexporte via Karibik in die USA geht. Weniger intensiv war lange Zeit der offizielle Handelsaustausch mit Kolumbien, wobei die Umschreibung "comercio no registrado" darauf verweist, dass der Schmuggel im Grenzverkehr eine Rolle spielt. Im Verhältnis zur Karibik traten in den siebziger und frühen achtziger Jahren gewisse Reibungen auf, zumal einzelne Autoren damals vermuteten, Venezuela könne eine subimperialistische Funktion einnehmen (Lanza 1980).

In den 1960er Jahren durchlief die venezolanische Außenpolitik – nach den von Havanna unterstützten Destabilisierungsversuchen – eine stark anti-castristische und damit pro-nordamerikanische Phase. Am 11. November 1961 kam es zum Abbruch der Beziehungen mit Kuba. Gegen Ende der Präsidentschaft von Raúl Leoni (1964-1969) setzte ein Wandel ein. Der Christdemokrat Rafael Caldera (1969-1974) hob die Betancourt-Doktrin praktisch auf und trat für "ideologischen Pluralismus" und "pluralistische Solidarität" ein. Er begann mit den Beziehungen zu sozialistischen Staaten in Osteuropa und bereitete die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Havanna vor. Sein Nachfolger nahm dann zügig wieder die diplomatischen Beziehungen mit Kuba auf, die kubanische Botschaft in Caracas war schon Mitte der 1970er Jahre relativ stark besetzt.

Während der ersten Präsidentschaft von Carlos Andrés Pérez (1974-1979) erreichte die internationale Präsenz Venezuelas vor dem Hintergrund der Vervielfachung des Ölpreises einen ersten Höhepunkt. Vorübergehend galt das Land neben Argentinien, Brasilien und Mexiko als einer von vier regionalen Entwicklungspolen Lateinamerikas (Grabendorff 1979). Venezuela präsentierte sich u.a. als Fürsprecher von Dritte-Welt-Positionen. Auf der Nord-Süd-Konferenz in Paris im Winter 1975/1976 war der venezolanische Minister Manuel Pérez Guerrero, daheim gerne "Vater der OPEC" genannt, Co-Präsident. Übrigens gab es schon damals gute Kontakte zum Iran, der Schah von Persien besuchte kurz vor seinem Sturz Venezuela. 1976 startete die Sozialistische Internationale (SI) mit der "Konferenz von Caracas" den Versuch, sich nach Lateinamerika und in die sogenannte "Dritte Welt" auszudehnen – ein Hinweis auf die damalige Bedeutung Venezuelas. Unter dem christdemokratischen Amtsnachfolger Luis Herrera Campins (1979-1984) nahm die venezolanische Außenpolitik dann eine Abwehrhaltung gegenüber Guerilla- und Befreiungsbewegungen in Zentralamerika ein. Im Ergebnis haben aber sowohl die SI als auch die Organisation Amerikanischer Christdemokraten (ODCA), die ihren Sitz lange Zeit in Caracas hatte, eine Mittlerfunktion im zentralamerikanischen Konflikt eingenommen.

Nach den Friedensschlüssen in Mittelamerika, den Auswirkungen des Endes des Kalten Krieges und angesichts fallender Ölpreise auf dem Weltmarkt verlor Venezuela in der Folgezeit an außenpolitischem Gewicht. Als Folgeerscheinung der Abwertung der Landeswährung Bolívar im Jahre 1983 – der Tag wird in Venezuela als "schwarzer Freitag" bezeichnet –, den Putschversuchen des Jahres 1992 sowie unter den zweiten Amtsperioden von Carlos Andrés Pérez (1989-1993, Amtsenthebung) und Rafael Caldera (1994-1999) geriet der Ölstaat in eine innenpolitische Krise. Der Wahlsieg von Hugo Chávez Frías 1998 und der von ihm ab 1999 zielstrebig umgesetzte Umbau des politischen Systems leitete dann eine neue Phase in der Außenpolitik ein.

## **2. Zum Aufbau des auswärtigen Dienstes in Venezuela und den Beziehungen zu Lateinamerika**

Fast jeder neue venezolanische Präsident kündigte bislang eine Reform des auswärtigen Dienstes an. Auffällig ist auch der vergleichsweise häufige Wechsel der Minister: Von 1900 bis 1988 hatte das Land 45 Außenminister, sie amtierten im Schnitt also weniger als zwei Jahre. Wahrscheinlich ist es kein Zufall, dass zu den bekannteren venezolanischen Diplomaten die Au-

ßenminister gehören, die etwas länger im Amt waren. Hierzu zählen Caracciolo Parra Pérez (1941-1945), Arístides Calvani (1976-1979) und Simón Alberto Consalvi, der 1976 bis 1979 und dann wieder von 1984 bis 1988 Chefdiplomat war. Trotz der zeitweilig doch sehr ausgeprägten Reisetätigkeit der Venezolaner und eines groß angelegten Stipendienprogramms in Carlos Andrés Pérez' erster Amtszeit blieb die Zahl der Experten für internationale Politik und für Ölfragen gering. Bemängelt wird auch der geringe Anteil an Karrierediplomaten. Die Klage über die mangelnde Professionalisierung des Außendienstes hat Tradition. 1955 brachte die *Escuela de Estudios Internacionales* ihren ersten Jahrgang hervor, allerdings erfolgte wohl erst 1965 eine öffentliche Ausschreibung auf Grundlage eines 1962 verabschiedeten Gesetzes, das ein entsprechendes Vorgängergesetz von 1923 ablöste. 1977 rief Außenminister Consalvi das *Instituto de Asuntos Internacionales* ins Leben. In Aufsätzen zum Aufbau der venezolanischen Außenpolitik wird das *Instituto de Río Branco* in Brasilien als Vorbild genannt (Taylhardat 1992: 191). Im Lande besteht das *Instituto de Estudios Diplomáticos Pedro Gual* (IAEDPG). Dort bzw. an der *Academia Pedro Gual* durchlaufen die Bewerber nach einem Aufnahmeexamen eine zweijährige Schulung, die mit einem Examen endet. Nach einer 1989 vom *Diario de Caracas* durchgeführten Untersuchung sollen damals nur 16% der Beschäftigten Berufsdiplomaten gewesen sein, die anderen wurden u.a. auf Betreiben von Politikern und der Parteien eingestellt (Picón 1999: 269), bei anderen Autoren lagen die Angaben zur Zahl der Karrierediplomaten höher (Urrutia 1992: 180). Von den 83 diplomatischen Vertretungen Venezuelas waren Anfang 2000 ganze 47 nicht mit einem Botschafter besetzt, sondern einem Geschäftsträger. Der damalige Außenminister José Vicente Rangel legte Präsident Chávez eine entsprechende Liste zur Neubesetzung vor. Die Hälfte der Nicht-Karriere-Diplomaten soll aufgrund bisheriger Verdienste übernommen worden sein, die übrigen wurden offenbar neu eingestellt und zwar wiederum zur Hälfte mit Karrierediplomaten (*El Universal*, 02.02.2000).

Dennoch hielt die Kritik am Außendienst an (Faúndez Ledesma 2001). Eine Anfang 2001 verabschiedete *Ley del Servicio Exterior*, die an die Stelle der *Ley del Personal del Servicio Exterior* treten soll, kann als Teil einer außenpolitischen Neuausrichtung im Sinne des von Präsident Chávez betriebenen Elitenwechsels gesehen werden. Die neuen Diplomaten sollen sich zum bolivarianischen Transformationsprojekt bekennen und während der Ausbildungszeit u.a. an Missionen in Armutsvierteln teilnehmen.

Der Ausbildungsstand der Mitarbeiter kann Einfluss auf ihren Erfolg haben. 1980 stellte der ehemalige Außenminister Ramón Escovar Salom die rhetorische Frage: "Wie viele venezolanische Sozialwissenschaftler sprechen portugiesisch? Die Antwort kann Auskunft über unsere Beziehungen zu Brasilien geben." Weder die Diplomatie noch die politische Führung Venezuelas seien ausreichend auf die Beziehungen zu Brasilien vorbereitet. Dagegen begreife sich Brasilien als kontinentale Macht, unterhalte enge Kontakte nach Afrika und Asien, habe ausgezeichnete Anthropologen, Politikwissenschaftler und Ökonomen und darüber hinaus als einziges lateinamerikanisches Land den Versuch unternommen, seine Diplomatie professionell zu organisieren. "Brasilien", schrieb er damals, "führt seine Außenpolitik mit Realismus und Pragmatismus, versteht es, sich neuen Situationen anzupassen und setzt mehr auf Taten als auf Rhetorik. Dagegen meinen wir, das Wort sei das wichtigste Regierungsinstrument" (Escovar Salom 1980).

Diese kritische Bestandsaufnahme und hohe Einschätzung der brasilianischen Diplomatie (Picón 1999: 152) erfolgte zu einem Zeitpunkt, als Venezuela bereits eine gewisse internationale Präsenz zugefallen war. Für die Geschichte der Beziehungen haben Unterschiede in der Größe und in der Wirtschaftskraft sowie die zunächst schwer überbrückbare räumliche Distanz zwischen den beiden Staaten eine Rolle gespielt.

Die zweite Amtsperiode von Rafael Caldera (1994-1999) markierte den Beginn eines Aufschwunges in den venezolanisch-brasilianischen Beziehungen. Dreimal besuchte er den Nachbarstaat, wobei besonders der Staatsbesuch 1996 auf einem hohen protokollarischen Niveau erfolgte (*El Universal*, 02.01.1997). Die grenznahen Projekte zu Brasilien erhielten eine neue Bedeutung.

Schon als gewählter Präsident hatte Chávez Ende 1998 von der Notwendigkeit einer Beschleunigung der Integrationsprozesse gesprochen und eine "gewisse Präferenz für den Samba" erkennen lassen, was innerhalb der Andenregion schnell als eine Hinwendung zum Mercosur gewertet wurde. Präsident Chávez hat dann im Mai 1999 in seiner ersten Auslandsreise Brasilien besucht. Wie sein Vorgänger trat er für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Ölfirmen Petrobras und PDVSA ein. Die Straße "Manaos-Boa Vista-Santa Elena de Uairén" – in Brasilien "Br-174" genannt – und die Flussverbindung Orinoco-Amazonas werden ausgebaut. 2000 wurde der Bau einer Brücke über den Orinoco angekündigt, die das venezolanisch-brasilianische Amazonas-Gebiet mit der karibischen See und dem Atlantik verbinden sollte.

### 3. Die Außenpolitik unter Hugo Chávez Frías

Bereits im ersten Amtsjahr entfaltete Präsident Chávez eine fieberhafte Reisetätigkeit. Kritisch vermerkt wurden vor allem die Annäherung an Kuba und sein überraschender Besuch im Irak Mitte 2000. Mit Blick auf Lateinamerika und Brasilien kündigte der Venezolaner an, er wolle die "geopolitische Vision Bolívars" im Sinne der lateinamerikanischen Integration nutzen. In einer Bestandsaufnahme zum ersten Regierungsjahr hieß es mit Blick auf die Außenbeziehungen: "Priorität besitzen für diese Regierung folgende Gebiete: die Anden, der Amazonas, der Atlantik und die Karibik. Als Länder sind Kolumbien, Brasilien, die USA und Kuba zu nennen" (*El Universal*, 02.07. 2000). In den "Líneas Generales del Plan de Desarrollo Económico y Social de la Nación 2001-2007" heißt es unter "5. Internationales Gleichgewicht", dass die Stärkung der nationalen Souveränität und die Förderung einer multipolaren Welt Ziel der Außenpolitik seien. Dazu gehörten u.a. der Ausbau der Beziehungen zu Lateinamerika und die Stärkung der Süd-Süd-Kooperation.

Chávez strebt eine kontinentale und zunehmend internationale Ausstrahlung an, wahrscheinlich, um dadurch die aus seiner Sicht bolivarische bzw. mittlerweile sozialistische Revolution abzusichern. Venezuelas Energie-Ressourcen sollen zum Ausbau eines integrationsförderlichen Beziehungsgeflechts dienen, wozu u.a. ein 2000 geschlossener Rahmenvertrag mit Kuba dienen soll. Nach dem Vertrag liefert Venezuela an Kuba 30.000 – tatsächlich 90.000 – Barrels täglich, die Bezahlung soll teilweise in Form von ärztlichen und anderen Dienstleistungen erfolgen. Anhang 1 des Abkommens lautet: "Diese Waren und Dienstleistungen (d.h. die aus Kuba) werden von der bolivarianischen Republik Venezuela mit Erdöl und seinen Derivaten bezahlt, wobei ihr jeweiliger Wert auf dem Weltmarkt zur Anwendung gelangt" (*Wirtschaftsnachrichten Venezuela*, 06.11.2000, Nr. 22). Die Äußerungen von Chávez zu Energiefragen sind vielfältig. Schon 1999 kündigte er an, eine Ölfirma mit dem Namen "Petroamérica" gründen zu wollen, an der Brasilien, Mexiko, Kolumbien und Venezuela beteiligt sein sollen (*El Universal*, 30.05.1999). Zwei Monate später regte er die Gründung einer Art NATO für die Karibik und den Südatlantik an (*El Universal*, 11.07.1999).

Chávez Außenpolitik kam nach dem mehrtägigen Besuch von Fidel Castro im Oktober 2000 und der neuen Protagonistenrolle Venezuelas in der OPEC seit dem gleichen Jahr ins Gerede. In der nordamerikanischen Presse wurden Vorwürfe laut, Chávez würde die Aufstandsbewegungen in Ecuador und Bolivien finanziell fördern und somit eine parallele Außenpolitik betrei-

ben. Unter der Präsidentschaft von George Bush Jr. nahmen die Spannungen weiter zu. So schrieb Tad Szulc "Castro, Saddam and Chávez pose challenge to Bush" in *The International Herald Tribune* vom 29.12.2000 unverblümt:

The Castro-Hussein-Chávez connection is anti-American and anti-capitalistic, but not in an ideological way. What matters to the three is domestic power built upon a base of nationalism that they believe legitimises their policies.

Und:

Mr. Chávez is the most intriguing new leader to emerge in Latin America since Mr. Castro.

Ex-Außenminister Rangel (1999-2001), der ab Februar 2001 als Verteidigungsminister und von 2002 bis 2006 als Vize-Präsident amtierte, hatte Gerüchte über nordamerikanische Destabilisierungsversuche der Regierung Chávez zunächst als Träumereien und die Ernennung des vormaligen nordamerikanischen Botschafters in Venezuela, John Maisto (1997-2000), zum neuen Direktor für Lateinamerika beim Sicherheitsrat des Weißen Hauses als gutes Zeichen für Venezuela bezeichnet (*El Nacional*, 01.02.2001). Gleichwohl ging die Annäherung an Kuba und Fidel Castro, dessen dritter Besuch innerhalb von drei Jahren im August 2001 mit seinem 75. Geburtstag zusammenfiel, einher mit einer Distanzierung von den USA und der Aufkündigung der nordamerikanischen Militärmission. Bei der Geburtstagsfeier hatte Castro in einem Toast auf Chávez angedeutet, dass er in Zukunft seine Rolle in Lateinamerika übernehmen könne und solle, eine Aufforderung, die der gewählte venezolanische Präsident offensichtlich ernst nimmt. Von dem früheren nordamerikanischen Botschafter Maisto stammt dagegen der Satz, man solle Chávez nicht nach dem beurteilen, was er sage, sondern nach seinen Taten, wobei er wohl an die zuverlässigen Öllieferungen in die USA dachte. Diese sogenannte "Maisto-Doktrin" empfiehlt also ein entspanntes Verhalten gegenüber den Ankündigungen von Chávez. In den USA liegen die unterschiedlichsten Vorschläge und Positionen zum Umgang mit der Regierung Chávez vor: Sie reichen von der Empfehlung eines eher gelassenen Umgangs (Lapper 2006) bis hin zu Autoren, die Chávez als eine größere, da näher liegende Bedrohung als "Al Qaida" betrachten (Schoen/Rowan 2009). Nach Meinung dieser Autoren verfolgt Chávez fünf Strategien gegen die USA, die ihm als "Reich des Bösen" gelten: 1. Er setzt das Öl als Waffe ein, indem er den Preis hochtreibt; 2. Er festigt eine Allianz mit dem Iran; 3. Er unterstützt den Guerillakampf sowie die FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) in Kolumbien; 4. Er schmiedet mit der ALBA



(*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*) eine Allianz anti-nordamerikanischer Länder und unterhält gute Beziehungen mit Russland – als Beispiel wird die Landung von zwei russischen Langstreckenbombern 2008 in Venezuela angeführt; 5. Obendrein fördere er in den USA finanziell Politiker und Künstler, die ein positives Bild von ihm zeichnen.

Im Ausland ist das Bild von der neuen venezolanischen Politik durchwachsen. Neben kritischen Stimmen zu Chávez in der internationalen Presse, zu denen relativ frühzeitig die als linksliberal geltende spanische Tageszeitung *El País* zählt (Werz 2001), steht eine Gruppe von Lateinamerika-Beobachtern, die ihn in der Tradition des lateinamerikanischen Nationalismus und Antiimperialismus verorten möchte (Gott 2000). Vom globalisierungskritischen Lager und von Teilen der deutschen Linken erfuhr der selbsternannte Kommandant zunächst erheblichen Zuspruch. Seit seinen Stellungnahmen zum iranischen Atomprogramm und seinen Kriegsandrohungen hat die Begeisterung nachgelassen.

Unter politikwissenschaftlichen Kriterien kann die Außenpolitik unter Chávez in drei Phasen unterteilt werden (Jácome 2007: 2; Romero 2006b):

1. Eine Etappe von 1999 bis Ende 2001, in der die Grundlagen für den Aufbau eines neuen politischen Systems gelegt wurden.
2. Eine zweite Etappe von 2002 bis August 2004, die durch eine zunehmende Konfrontation mit den USA gekennzeichnet war, deren Höhepunkt der gescheiterte Staatsstreich von 2002 bildete (Kestler 2005).
3. Die Entwicklung seit 2004 ist durch die Radikalisierung der bolivari-schen Revolution und eine immer stärkere Präsenz des Präsidenten auf der internationalen Ebene geprägt.

Der Kurswechsel in der venezolanischen Außenpolitik wurde vom Präsidenten in seiner Rede im *Teatro de la Academia Militar* angekündigt (Intervenciones 2004). Zunächst war von zwei politischen Achsen in Lateinamerika die Rede. Die Bolívar-Achse mit Caracas – Brasília – Buenos Aires und die sogenannte "Monroe-Achse" mit Bogotá – Quito – Lima – La Paz – Santiago de Chile. Die damals aufgestellte Gegenüberstellung ist mittlerweile überholt, da in Bolivien, Ecuador, Nicaragua und bis Anfang 2010 in Chile links gerichtete Präsidenten regieren. Beibehalten und weiter ausgebaut hat Präsident Chávez die damals erwähnte strategische Allianz mit sozialen Bewegungen, z.B. den Landlosen in Brasilien sowie der internationalen Solidaritätsbewegung. Auch wenn die Innenpolitik in dieser Rede im Vordergrund

stand, markierte sie doch einen Einschnitt, da nun nicht mehr Kolumbien als größte Herausforderung der Außenpolitik genannt wurde, sondern die USA.

Schon beim Gipfeltreffen der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) im Jahr 2000 hatte Chávez die kontinentale Freihandelszone (FTAA/ALCA) abgelehnt. Er propagiert stattdessen die *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos* (ALBA-TCP). ALBA bedeutet in der spanischen Sprache auch Morgenröte. In den folgenden Jahren konnte er in dieser Hinsicht immer mehr Anhänger gewinnen. Partner sind vor allem Kuba, Bolivien, Nicaragua, Ecuador und Honduras (bis 2009). Weitere Mitglieder sind Dominica, St. Vincent und die Grenadinen, Antigua und Barbuda. Ende 2005 trat Venezuela als 5. Mitglied dem Mercosur bei, der Beitritt musste allerdings noch von den Parlamenten der Mitgliedsländer ratifiziert werden.

Vor dem Hintergrund der hohen Energiepreise hat die Regierung die Politik der Öl exportierenden Länder wieder aktiviert und im Sinne von "Petro-politics" die Öleinnahmen in den Dienst der Außenpolitik gestellt. Als weitere Besonderheit kommt eine Art "Paralleldiplomatie der Völker" hinzu, die allerdings zu Problemen mit einigen lateinamerikanischen Regierungen geführt hat.

Auffällig bei der Regierung Chávez ist die Aktualisierung von Ansätzen aus den 1960/1970er Jahren. Dazu gehören die Stärkung der OPEC, die Revitalisierung des "Dritte-Weltismus" und eine scharfe Abgrenzung gegenüber den USA. Dahinter steht die Vorstellung vom Aufbau einer multipolaren Welt, die Annäherung an Länder wie Kuba, Bolivien, Nicaragua und Ecuador in Lateinamerika sowie China, Irak, Iran, Libyen, Russland und Syrien. Der Beitritt zum Mercosur, um dadurch der Organisation eine stärker politische Ausrichtung zu geben, soll der Aufwertung Venezuelas dienen. Um dies zu erreichen und gleichzeitig im Sinne der "Paralleldiplomatie" den Rückhalt bei Teilen der lateinamerikanischen Bevölkerung und der internationalen Solidaritätsbewegung zu gewinnen, hat die Regierung folgende Ideen in Umlauf gebracht, die sich dichotomisch von denen der USA absetzen:

- Die bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA) statt der ALCA.
- Eine militärische Allianz im Südatlantik unter Ausschluss der USA mit dem Ziel einer hemisphärischen Integration der Streitkräfte.
- Die Schaffung von "Petroamérica" durch die Gründung von "Petrosur", "Petroandina" und "Petrocaribe" (2005).

- Einen lateinamerikanischen Währungsfond bzw. eine Bank des Südens (2009) und eine eigene Währung (Sucre) statt des internationalen Währungsfonds.
- Eine Sozialcharta *versus* der Interamerikanischen Demokratie-Charta.
- Eine partizipative oder populäre Demokratie statt der repräsentativen Demokratie.
- Sozialismus des 21. Jahrhunderts statt Kapitalismus.

Zunehmend konzentriert sich die Außenpolitik auf die Person des Präsidenten. Hyperaktivismus, Personalismus und Distanz zu etablierten Interessengruppen kennzeichnen seine Außenpolitik (Romero 2003). In den ersten Jahren als Außenminister bzw. Vize-Präsident hatte José Vicente Rangel hin und wieder eine moderierende Rolle eingenommen. Mittlerweile ist nicht klar, ob und mit wem sich Chávez berät. Den militärischen Hintergrund des demokratisch gewählten Präsidenten muss man mitberücksichtigen. Chávez denkt in geopolitischen Kategorien und Einflussphären. Sowohl in der räumlichen Entwicklung Venezuelas als auch Lateinamerikas und der Welt spielen Achsen und Pole eine Rolle. Seine Vorbilder sind ursprünglich Bolívar und andere Militärführer, dazu sind in den letzten Jahren Persönlichkeiten aus der antiimperialistischen und national-revolutionären Geschichte Lateinamerikas gekommen. Das Denken und Reden im Gegensatzpaaren, wie es in den Auftritten des Präsidenten deutlich wird, kommt bei einem erheblichen Teil der Venezolaner gut an, was nicht zuletzt an der einfachen und damit notwendigerweise verkürzten Darstellung komplizierter Sachverhalte liegen könnte. Auch in der Außenpolitik wird in Dichotomien gedacht. An die Stelle der ökonomischen Integration soll die Integration der Völker treten, der Kapitalismus soll durch Sozialeigentum ersetzt werden und die Kooperation zwischen den Staaten soll in eine Diplomatie der Völker übergehen. Nur folgerichtig ist es, dass an die Stelle des Nachrichtenfürhrrs in Lateinamerika "CNN" der neue und von Venezuela betriebene Fernsehsender "Telesur" treten soll.

Ab 2004 hat ein grundsätzlicher Wandel in der Außenpolitik stattgefunden. Sie soll der Konsolidierung des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" dienen und eine Antwort auf die Gefahr eines sogenannten "asymmetrischen Krieges" geben, dem sich Venezuela ausgesetzt sehe. Nach dem gescheiterten Putschversuch vom April 2002 gewannen die als "Missionen" bezeichneten Sozialprogramme an Bedeutung. Sie vergrößerten den zum damaligen Zeitpunkt sinkenden Rückhalt in der Bevölkerung und öffneten den Weg für eine Neuausrichtung der Außenpolitik nach dem gewonnenen Abberufungs-

referendum im August 2004. Nun wurden die Absicherung des revolutionären Projektes und die konkrete Umsetzung anderer geopolitischer und strategischer Allianzen zum wichtigen Thema. Auf lateinamerikanischer Ebene gilt dazu der Beitritt zum Mercosur als besser geeignet als die Mitgliedschaft im Andenpakt, aus dem sich Venezuela ebenso zurückzog wie aus der G3 (Kolumbien, Mexiko und Venezuela). Der Mercosur erscheint als ein Mittel zum Zweck, die ALBA zu fördern. Bei der Entscheidung zum Austritt aus dem Andenpakt und dem Beitritt zum Mercosur hat sich Präsident Chávez nicht mit den anderen Ministerien abgestimmt; selbst der Außenminister wurde von diesem Schritt überrascht. Tatsächlich beinhaltet der Vollzug des Beitritts zum Mercosur die Übernahme einer Reihe von wirtschaftlichen Bestimmungen, die ansonsten von Chávez als "neoliberal" bezeichnet wurden. Für die brasilianische und argentinische Industrie bringt der Beitritt Venezuelas neue Absatzmärkte, während Venezuela außer dem Öl wenig anzubieten hat. Wirtschaftliche Erwägungen haben also beim Austritt aus dem Andenpakt (CAN) und dem erklärten Wunsch einer Mercosur-Mitgliedschaft keine Rolle gespielt. Chávez möchte mit seiner Konzeption eines "neuen Mercosur", die allein politischen Überlegungen folgt, einen volkstümlichen Nationalismus in Südamerika fördern. Seine Vorstellungen von der Integration unterscheiden sich von denen der Mitgliedsländer.

Dies verläuft nicht ohne Spannungen mit den (Nachbar-)Staaten. Ein erstaunlich pragmatisches Verhältnis herrschte lange Zeit trotz politisch-ideologischer Differenzen mit dem konservativ-liberal regierten und US-freundlichen Kolumbien. Der Handel florierte, Differenzen wurden auf dem Weg der stillen Diplomatie beigelegt. Mit Blick auf künftige Energielieferungen nach Asien wurde der Bau einer Pipeline durch Kolumbien angestrebt. 2007 und Anfang 2008 kam es dann vorübergehend zu einer Zuspitzung zwischen den beiden Präsidenten und Staaten. Chávez bekundete seine Unterstützung für die kolumbianische FARC. Möglicherweise war sie Teil eines verstiegenen Projektes, Groß-Kolumbien wiederherzustellen, nachdem in Bolivien und Ecuador bereits Regierungen amtierten, die eine starke Nähe zu Präsident Chávez bekunden. Der venezolanische Präsident versuchte auch, bei der Freilassung der sechs Jahre lang verschleppten vormaligen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt eine Schlüsselrolle einzunehmen. Als das kolumbianische Militär am 01.03.2008 ein Lager der FARC auf ecuadorianischem Gebiet angriff und den Guerillaführer Reyes tötete, zog Chávez nicht nur den venezolanischen Botschafter ab, sondern kündigte auch im Fernsehen die Verlegung von Truppen an die kolumbianische Grenze an.

Nachdem in den internationalen Medien schon von Kriegsgefahr die Rede war, kam es dann jedoch bei einem Treffen der lateinamerikanischen Präsidenten der "Rio Gruppe" in der Dominikanischen Republik am 07.03.2008 relativ schnell zu einer Versöhnung. Eine Rolle dürfte dabei die Tatsache gespielt haben, dass auf dem im ecuadorianischen Urwald gefundenen Computer von Reyes Dokumente auftauchten, die eine enge Verbindung zwischen Präsident Chávez und der FARC zeigten. Die vom kolumbianischen Präsidenten Uribe ausgehende, erfolgreiche Befreiungsaktion von Frau Betancourt Anfang Juli 2008 schwächte die Position von Präsident Chávez vorübergehend. Nur zwei Wochen später empfing er den kolumbianischen Präsidenten in Coro/Venezuela und kündigte gemeinsame Projekte an.

Nachdem der ecuadorianische Präsident Correa die nordamerikanische Basis in Manta aufgekündigt hatte, wurden die USA mit Kolumbien 2009 schnell handelseinig. Dieses Abkommen zwischen den USA und Kolumbien erwies sich als politisches Geschenk für Chávez (Shifter 2010), zumal es bei anderen lateinamerikanischen Regierungen ebenfalls unbeliebt ist (Rossi 2009). Insgesamt sollen fünf Militärbasen entstehen. Die Reaktionen des venezolanischen Präsidenten fielen dementsprechend aus: Kolumbien sei US-Bundesstaat geworden, Venezuela aber werde nie "Kolonie der Yankees" sein. An US-Präsident Barack Obama gerichtet sagte Chávez, er solle ja keine Aggression von Kolumbien aus befehlen: Ein US-Angriff hätte "einen hundertjährigen Krieg zur Folge, der sich von Mexiko bis Argentinien ausweiten würde" (*Die Presse*, 10.11.2009).

Zu den engsten Verbündeten gehören Bolivien und Nicaragua. Bei einem Staatsbesuch von Evo Morales im September 2007 kam der bolivianische Präsident jedoch kaum zu Wort, als er von Präsident Chávez zur Sendung "Álo, Presidente" mitgenommen wurde. Auch Daniel Ortega musste bei seiner Amtseinführung in Managua gut eine Stunde auf den Venezolaner warten. Das Auftreten von Vertretern der neuen venezolanischen Regierung wird in diesen Ländern durchaus kritisch kommentiert. Der Präfekt von Cochabamba, der in Opposition zu Präsident Morales steht, warf Venezolanern vor, sie würden unter Angabe einer falschen Identität in Luxushotels absteigen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen (*El Universal*, 12.09.07). Es blieb auch nicht unbemerkt, dass die schnelle Einleitung diplomatischer Beziehungen zwischen dem Iran und Bolivien über den iranischen Botschafter in Venezuela erfolgte (*El Universal*, 12.09.07).

Gute Beziehungen bestehen mit der Regierung Argentiniens, zumal Venezuela einen nicht unerheblichen Teil der argentinischen Auslandsschuld aufgekauft hat. Die seit 2007 amtierende Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner hat den Kurs ihres Mannes weitgehend fortgesetzt. Zu Diskussionen führte das Auftauchen eines Koffers mit 800.000 US\$ am argentinischen Zoll, der einem Mitglied einer venezolanischen Wirtschaftsdelegation gehörte. Es halten sich Gerüchte, dass das Geld für den Wahlkampf der Kirchners bestimmt war und dies nicht die einzige Lieferung gewesen sei. Auch in anderen Ländern soll es zu Geldgeschenken gekommen sein.

Nach außen werden die Beziehungen zu Brasilien als ausgezeichnet bezeichnet. Ex-Präsident Lula da Silva hat Chávez als besten venezolanischen Präsidenten des 20. Jahrhunderts bezeichnet, intern soll es allerdings Reserven geben. Brasilien und bis 2009 auch Kolumbien profitierten vom wachsenden Handel mit dem ölreichen Nachbarland. Einige Ideen von Chávez – wie die Ölpipeline durch Südamerika, die Bank für Südamerika oder Überlegungen zu einem venezolanischen Nuklearprogramm – wurden von der brasilianischen Außenpolitik nicht mitgetragen oder sogar konterkariert.

Spannungsreich verliefen und verlaufen teilweise die diplomatischen Beziehungen zu Mexiko. Beide Länder zogen ihre Botschafter zurück, erst in der zweiten Jahreshälfte 2007 wurden neue Vertreter ernannt. Venezuela hatte – anders als Bolivien – den Wahlsieg von Calderón von der PAN (*Partido Acción Nacional*) zunächst nicht anerkannt. Mittlerweile scheinen sich die Beziehungen zu Peru zu normalisieren, nachdem es als Folge der Parteinahme von Chávez für den nationalistisch-indigenistisch auftretenden Kandidaten Humala im Wahlkampf zu Spannungen gekommen war.

Eine zentrale Rolle spielen die Beziehungen zu Kuba. Venezuela liefert mittlerweile zwischen 90.000 und 98.000 Barrels täglich (Serbin 2006: 86). Im Juni 2005 wurde in Puerto La Cruz in Anwesenheit von Fidel Castro "Petrocaribe" lanciert, auch wenn Trinidad und Tobago sowie Barbados andere Positionen einnahmen. Die Allianz mit Kuba ist für die amtierende venezolanische Regierung in mehrfacher Hinsicht von Vorteil:

1. Sie verleiht der Regierung revolutionäre Weihen, denn in Kuba hat tatsächlich eine Revolution stattgefunden, die nach wie vor von Teilen der internationalen Linken und der progressiv eingestellten Öffentlichkeit Unterstützung erfährt.
2. Die Tauschgeschäfte venezolanisches Öl gegen medizinische, technische und militärische Unterstützung durch Kuba sind für beide Seiten einträglich. Die Lieferungen an die Insel machen einen vergleichsweise gerin-

gen Anteil der Ölexporte des Landes aus. Groß sind dagegen die Vorteile, die die Regierung in Caracas in Gestalt der Ärzte, Techniker und Militärberater daraus zieht.

3. Mit dem u.a. den kubanischen Erfahrungen nachempfundenen Konzept eines "asymmetrischen Krieges" erhält das venezolanische Militär eine neue Rechtfertigung für seine Präsenz in der Gesellschaft (Corrales 2005).
4. Für die amtierende nordamerikanische Regierung stellt die binationale Allianz zwischen Kuba und Venezuela ein Problem dar, für das es in der lateinamerikanischen Geschichte eigentlich keine Vorläufer gibt. Mit Blick auf eine eventuelle Transformation im Inselstaat ergibt sich durch die enge Kooperation zwischen Kuba und Venezuela eine neue Situation.

Angesichts der geringen Popularität der Regierung Bush und des Fehlens einer nordamerikanischen Lateinamerika-Politik (Leogrande 2007) avancierte Präsident Chávez zur Gegenfigur. Hinzu kam das niedrige außenpolitische Profil anderer lateinamerikanischer Regierungen, wenn man einmal von Brasilien absieht. Den dortigen Regierungen und informierten Zeitgenossen ist indessen bekannt, dass die Wirklichkeit anders aussieht. Nach wie vor sind die USA mit Abstand Hauptabnehmer venezolanischen Öls, die Abhängigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht ist sogar gestiegen. Allerdings bemüht sich Venezuela mittelfristig um den Ausbau von Öllieferungen an China.

Chávez pflegt gute Beziehungen zum arabischen Raum (Herrera Navarro 2008),<sup>2</sup> wo sein Bild regelmäßig bei pro-palästinensischen und anti-israelischen Demonstrationen mitgeführt wird. Als Chávez 2006 die israelische Militäroffensive gegen die "Hisbollah" im Libanon als "neuen Holocaust" bezeichnete und seinen Botschafter aus Tel Aviv abzog, wurden in den Straßen Beiruts Plakate seiner Person neben dem Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah aufgezogen (Maihold 2008: 29). Unter der Regierung Chávez hat die arabische Bevölkerungsgruppe in Venezuela einen Aufstieg in hohe politische Positionen wie Ministerämter vollzogen. Der Nasser-Anhänger Raimundo Kabchi leitet derzeit das *Instituto de Estudios Diplomáticos Pedro Gual* (Álvarez-Ossorio 2010). Mit dem Iran wurden die Beziehungen kontinuierlich ausgebaut. Schon achtmal hat der venezolanische Präsident das Land besucht, u.a. mit dem Ziel, "eine gemeinsame revolutionäre Front" aufzubauen. Venezuela unterstützt das iranische Atomprogramm und stimm-

---

2 Das Buch enthält vor allem Reden von Chávez und erschien auch in arabischer Sprache.

te schon 2005 gegen eine Resolution der Internationalen Atomenergiebehörde, die den Iran beschuldigte, die internationalen Atomsicherheitsvorschriften zu brechen. Zwischen den beiden Ländern wurde ein Abkommen geschlossen, das es dem Iran erlaubt, Uran in Venezuela zu fördern (Maihold 2008: 28). Immer wieder tauchen Vermutungen auf, dass dies im Süden des Bundesstaates Amazonia bereits geschieht (Petkoff 2009). Die vorübergehende Einrichtung eines wöchentlichen Fluges Teheran–Caracas via Damaskus hat die Phantasie mächtig beflügelt; da nicht klar sei, was und wer dort alles befördert werde, ist auch von einer „Flugachse des Bösen“ die Rede (FAZ, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.06.2007). Zwischen dem Iran und Venezuela wurden mehr als 150 Abkommen auf den unterschiedlichsten Ebenen getroffen, u.a. die Herstellung eines gemeinsamen Traktors „VenIran“, von dem auch schon einige hundert Exemplare nach Bolivien exportiert worden sein sollen. Mittlerweile soll auch ein Kleinwagen in Maracay hergestellt werden. Venezuela und Iran stimmen sich darüber hinaus in außenpolitischen Fragen ab; Präsident Chávez fungierte in Lateinamerika als Türöffner für den Ausbau von diplomatischen Beziehungen des Iran (Arnson/Esfandiari/Stubits 2010).

Unter Präsident Chávez sind eine Reihe von neuen Auslandsvertretungen eingerichtet worden. Dies gilt vor allem für Afrika, wo in Benin, Senegal, Angola, Ecuatorial Guinea, Mali und Äthiopien neue Botschaften entstanden. Mit Santo Tomé und Príncipe wurden Beziehungen aufgenommen. Zusätzliche Auslandsniederlassungen entstanden auch in Jordanien, Palästina, Qatar, Vietnam und Weißrussland. Besonders in der Karibik sind neben den Botschaften und Konsulaten Venezolanische Institute für Kultur und Kooperation im Aufbau.

Präsident Chávez hat durch seine zahllosen Auslandsreisen in den vergangenen Jahren seinen Bekanntheitsgrad bei Politikern und der Bevölkerung in den südlichen Ländern erheblich vergrößert. Er versuchte, sich dort als Kritiker von Präsident Bush zu profilieren und verbündete sich mit dessen Gegnern. Dazu gehört sein früherer Besuch bei Saddam Hussein im Irak und seine Allianz mit dem Iran. Nach dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Barack Obama legte er zunächst eine kurze Pause ein. Beim OAS-Treffen in Trinidad/Tobago 2009 schenkte er dem Nordamerikaner publikumswirksam ein Exemplar des bekannten Essays von Eduardo Galeano: *Die offenen Adern Lateinamerikas*, worauf das Buch kurzfristig auf Platz 10 bei „Amazon“ aufstieg. Schon bald kehrte er jedoch zur bisherigen Politik zurück, die beispielsweise Presseberichte zur Folge hatte, wonach Chávez



geäußert habe, die USA hätten das Erdbeben in Haiti Anfang 2010 ausgelöst (*FAZ.NET* und *latina.press*, 22.01.2010). Im Falle Haitis hat sich die venezolanische Regierung bei den Spendenzusagen in einen Überbietungswettbewerb mit den USA eingelassen. Präsident Chávez versprach unglaubliche 2,1 Mrd. US\$, der bisher größte Einzel-Spender USA hat 1,15 Mrd. US\$ zugesagt. Allerdings wollte Venezuela gut die Hälfte des Geldes in den folgenden 18 Monaten überweisen, den Rest in den kommenden zehn Jahren (*krone.at*, 31.03.2010). Hier wie bei anderen Ankündigungen stellt sich die Frage, ob die Gelder tatsächlich fließen und ankommen werden. Fürs Erste entfalten sie jedoch eine erhebliche mediale und politische Wirkung.

Teil der neuen internationalen Rolle Venezuelas ist eine Modernisierung des Waffenarsenals und eine Diversifizierung der Rüstungslieferanten. Nach seiner Reise im Juni 2007 nach Moskau und Minsk zählen dazu fünf bis neun Unterseeboote, darunter vier von der sogenannten "Amur-Klasse" sowie möglicherweise 30 weitere "Sukhoi" und zusätzliche Kampfhubschrauber. Bereits in den Jahren davor hatte Chávez 100.000 Kalaschnikow und anderes Rüstungsgerät in Russland erworben. Venezuela kauft nicht nur regelmäßig Waffen in Russland oder kündigt solche Geschäfte an, 2008 fanden auch gemeinsame russisch-venezolanische Marineübungen statt. "Wir wollen neue Panzer kaufen, um ihre Zahl mindestens zu verdoppeln", erklärte Chávez im Fernsehen. "Mir ist egal, was die Nachbarn und die Yankees dazu sagen. Wir müssen unsere Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft stärken und wir werden dies weiter tun" (*RIA Novosti*, 25.07.09). In diesem Punkt erinnert sein Auftreten an den peruanischen Militärpräsidenten José Velasco Alvarado, der von 1968 bis 1975 amtierte und eine starke Aufrüstung mit russischen Waffen einleitete.

#### 4. Zusammenfassung und Ausblick

Zumindest für die Zeit nach 2004 muss von einer neuen Außenpolitik gesprochen werden. Zwar war schon in der Agenda *Alternativa Bolivariana* von 1996 davon die Rede, dass die bolivarianische eine Alternative zur transnationalen Welt darstelle, aber erst im Zuge der innenpolitischen Zuspitzung von 2002 und der Auseinandersetzung mit den USA kam es zur Neuausrichtung der Außenpolitik. Während in der Präambel der Verfassung von 1961 auf die Förderung der Demokratie hingewiesen wurde, rückt nun das Prinzip der Nicht-Intervention ins Zentrum. In einer multipolaren Welt stehen zumindest im Diskurs der Regierung nicht mehr die Beziehungen zu den Haupthandelspartnern USA und Kolumbien im Vordergrund, sondern zu

einigen ausgesuchten lateinamerikanischen Ländern, Partnern im Nahen und Mittleren Osten sowie China. Statt von der repräsentativen spricht der Präsident von der partizipativen Demokratie. Diese Position hat er auch in der Diskussion um die Deklaration von Québec und der Interamerikanischen Demokratischen Charta in Costa Rica vertreten. Die Deklaration von Québec wurde nur mit Vorbehalten und nach dem 11.09.2001 unterschrieben (Gallego 2003). Die Tatsache, dass Teile der internen Opposition vom *National Endowment for Democracy* in den USA oder anderen Stiftungen unterstützt werden, ist ein Anlass, ihnen mangelnden Patriotismus vorzuwerfen.

Diese Außenpolitik ist auf der symbolischen Ebene durchaus wirkungsvoll gewesen. Das von der US-Regierung favorisierte Freihandelsabkommen ALCA ist gescheitert, ohne dass die von Venezuela geförderte ALBA klare Konturen gewonnen hätte. Hugo Chávez ist bei Teilen der lateinamerikanischen Bevölkerung und international sehr bekannt, auch wenn er nach Umfragen in der Beliebtheitsskala hinter dem nordamerikanischen Präsidenten Obama und dem brasilianischen Ex-Präsidenten Lula da Silva und weiteren Amtsinhabern erst an zehnter Stelle steht (*Encuesta Latinobarómetro*, 2009 in: *El País*, 12.12.2009; ältere Zahlen bei Zovatto 2007: 5). Allerdings hapert es mit der konkreten Umsetzung von Projekten. Vertreter der uruguayischen Regierung ließen 2008 durchblicken, dass gemeinsame Ölprojekte aufgrund von Unzuverlässigkeit und Korruption auf venezolanischer Seite nicht umgesetzt werden könnten.

Gegenüber bisherigen Formen der Außenpolitik nicht nur in Lateinamerika weist die amtierende venezolanische Regierung einige Neuerungen auf. Sie hat nicht nur die alten Eliten in der Außenpolitik nach 2002 weitgehend ausgetauscht<sup>3</sup> und die internationalen Bündnisse neu ausgelegt, sie hat auch eine zunehmende Internationalisierung des eigenen Landes vorangetrieben. Dazu gehört die bevorzugte Zusammenarbeit mit Kuba, aber auch mit Nichtregierungsorganisationen sowie mit Teilen der Publizistik im In- und Ausland. Auf verschiedensten internationalen Veranstaltungen treten Vertreter und/oder Sympathisanten des bolivarianischen Projektes auf, entsprechende Zeitschriften wie z.B. die seit 2002 erscheinende *América XXI. Desde Venezuela para todo el continente* werden verteilt. Teil des neuen Internationalismus ist auch die Förderung der Stipendienausbildung von ca. 5.000 Bolivianern in Kuba und andere Maßnahmen sowie die Durchführung von international besetzten Veranstaltungen in Venezuela, die sich mit globali-

3 Eine persönliche Stellungnahme eines Ex-Diplomaten an der venezolanischen Botschaft in Paraguay bei Niño (2005).

sierungskritischen Themen auseinandersetzen. Hier treffen sich sowohl Gruppen aus der antiimperialistisch-sozialistischen Tradition Lateinamerikas als auch neuere Globalisierungsgegner aus Europa. Im November 2003 wurde der *Primer Congreso Bolivariano de los Pueblos* mit 400 linken Politikern in Caracas abgehalten. Die damals verabschiedete Resolution und die Deklaration eines zweiten Kongresses von 2004 enthalten eine anti-neoliberale und anti-imperialistische Ausrichtung. Im August 2005 wurden die "16. Weltfestspiele der Jugend" in Caracas und damit erstmals in Südamerika durchgeführt. Es nahmen 17.000 Teilnehmer aus über 140 Ländern daran teil, die Regierung hatte im Vorfeld rund 8,3 Mio. US\$ bereitgestellt. 2006 war Venezuela Ausrichter des "IV. Weltsozialforums", das vom 23. bis 29. Januar 2006 in Caracas stattfand. Die Regierung unter Präsident Chávez unterstützt Kulturzentren in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, finanziert Reisen von Lateinamerikanern und Europäern nach Venezuela und betreibt eine Neben-Diplomatie.

Die "partizipative Demokratie" findet sich auch in den internationalen Beziehungen, sie dient der Gewinnung von Bündnisgenossen oder einfach der Sympathiebekundung. Dies zeigt sich z.B. in der (angekündigten) Lieferung von Dieselloil an 52 sandinistische Bürgermeister, die dafür ihre Zustimmung zu ALBA bekundet haben sollen, aber auch in den verbilligten Öllieferungen an Bewohner ausgewählter Wohngebiete in den USA oder London, deren Einkommen wesentlich höher liegen dürfte als das Durchschnittseinkommen der Venezolaner. Die Lieferungen nach London wurden 2008 nach dem Wechsel des dortigen Bürgermeisters wohl auf englischen Wunsch eingestellt. Ein Novum stellte die Gründung von "bolivarischen Zirkeln" in verschiedenen Städten der Welt und die Zusammenarbeit der venezolanischen Regierung mit subnationalen Akteuren und Organisationen in anderen Staaten dar. Im Jahrbuch des Außenministeriums von 2005 wird die Internationalisierung von venezolanischen Erfahrungen wie der *Misión Milagro* und *Misión Robinson* angekündigt.

Solche Veränderungen in der Außenpolitik bleiben nicht ohne Reaktionen. Aus der Sicht des venezolanischen Präsidenten besteht dabei der Hauptkonflikt mit der amtierenden nordamerikanischen Regierung,<sup>4</sup> deren Präsident und Außenministerin mit Begriffen bezeichnet wurden, die nicht in Handbüchern zum diplomatischen Protokoll enthalten sind. Allerdings kann die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen in anderen lateinamerikani-

4 Auch im *Libro Amarillo* des Außenministeriums von 2005 ist von dem Konflikt zwischen den USA und Venezuela die Rede, S. LXII.

schen Staaten, deren gewählte Regierungen nicht auf der Chávez-Linie liegen, zu Problemen führen. Erwähnt sei hier die Abberufung des venezolanischen Botschafters in Mexiko, nachdem Chávez den mexikanischen Präsidenten als “cachorro del imperio – Handlanger des Imperiums” bezeichnete. 2007 kam es zu Wortgefechten mit Brasilien, nachdem der brasilianische Kongress die Nichtverlängerung der Lizenz für den Fernsehsender RCTV kritisiert hatte. Die Äußerung des Präsidenten “es sei wahrscheinlicher, dass die portugiesische Kolonialherrschaft wieder in Brasilien eingeführt wird, als dass die venezolanische Regierung die Lizenz an die venezolanische Oligarchie zurückgibt” (*Latin American Weekly Report*, 07.06.2007), rief bei einigen Kongressabgeordneten Unmut hervor.

Kritisch wird gerade die Politisierung des Mercosur betrachtet. Von politischen Beobachtern wird Präsident Chávez seit der Gipfelkonferenz 2006 in Córdoba/Argentinien, zu der auch Fidel Castro auf sein Betreiben erschien, als ein Urheber der Fragmentierung von Integrationsbestrebungen in Lateinamerika angesehen. Die idealistische Tradition in der venezolanischen Außenpolitik hatte bereits in der Vergangenheit zu Kontroversen geführt. Die sogenannte “Betancourt-Doktrin”, die den Abbruch diplomatischer Beziehungen mit Regimen vorsah, die nicht aus freien Wahlen hervorgingen, war seinerzeit umstritten, mittlerweile wird sie *de facto* eigentlich von allen lateinamerikanischen Staaten und der OAS außer Kuba vertreten; Präsident Carlos Andrés Pérez war in Sachen Weltpolitik in den 1970er Jahren nur begrenzt erfolgreich und auch der “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” wird teilweise verhalten aufgenommen (Romero 2006a). Die Art und Weise, wie die Bewerbung um einen nicht ständigen Sitz im Sicherheitsrat 2006 betrieben wurde, war indessen der venezolanischen Sache nicht unbedingt förderlich. Die moderaten arabischen Staaten waren durch die ostentative Freundschaft mit dem Iran befremdet, in Asien rief die venezolanische Haltung gegenüber Nordkorea Unruhe hervor und einzelnen karibischen Ländern mit ihrer Westminster-Tradition soll die Bezeichnung von Bush als “Teufel” während Chávez-Rede vor der UNO missfallen haben.

Die Reaktion der lateinamerikanischen Regierungen auf Chávez’ Avancen ist widersprüchlich. Finanzielle Unterstützung wird gerne angenommen, die tatsächliche Bereitschaft, den Plänen des selbsternannten Kommandanten zu folgen, fällt gering aus. Getreu der lateinamerikanischen Maxime der Nichteinmischung werden amtierende Präsidenten jedoch öffentlich keine Kritik am gewählten venezolanischen Präsidenten üben bzw. entsprechende Anmerkungen allenfalls Ex-Präsidenten überlassen. Brasilien geht – gerade

nach dem venezolanischen Auftritt in Honduras 2009 – auf eine gewisse Distanz, gleichzeitig werden die Militärausgaben erhöht. Schon Ende November 2007 wurde bekannt, dass sich das Land nicht am Bau der gigantischen Gasleitung quer durch Südamerika beteiligen werde.

<b>Chávez Spenden für die Welt</b> Angaben in Millionen US-Dollar	
Kuba	7581
Argentinien	6305
Brasilien	4501
Nicaragua	3264
Bolivien	2061
Uruguay	927
Paraguay	810
Karibische Inseln	792
Jamaika	631
Ecuador	565
Haiti	427
China	300
USA	236
Dominikanische Republik	156
Mali	100
Iran	100
Guyana	53
El Salvador	40
Großbritannien	32
Dominica	10
Grenada	7,5
Benin	2,9
Indonesien	2
Restliches Afrika	1,16
Puerto Rico	0,25

Quelle: *Die Zeit*, Nr. 36, 30.08.2007, S. 8. Bei den Zahlen ist ungewiss, ob es sich um Zusagen oder tatsächlich erbrachte Leistungen handelt.

Nach außen kann Chávez seine Rolle als Regelverletzer, *enfant terrible* des internationalen Parketts und Medienphänomen getreu der Maxime “Die besten Freunde der Populisten sind die Journalisten” weiterspielen. Sein Auftritt

beim Iberoamerikanischen Gipfel im November 2007 in Santiago de Chile war ein Beispiel dafür. Mit seinen Äußerungen bei der Ankunft zugunsten eines Meereszuganges für Bolivien irritierte er die chilenische Präsidentin Bachelet. Mit seiner These von einer "sozialen Transformation" statt der "sozialen Kohäsion" definierte er das Thema des Treffens um. Schließlich provozierte er mit seiner wiederholten Bezeichnung des vormaligen spanischen Ministerpräsidenten Aznar als "Faschisten" den spanischen König zu der Äußerung: "Warum hältst Du nicht Mund!"<sup>5</sup> Die wenig diplomatische Zurechtweisung des Königs nutzte er unmittelbar darauf bei einem "Alternativtreffen der Völker" in Santiago, indem er in die Rolle des rebellischen Indianerführers schlüpfte, der sich von den vormaligen Kolonialherren nichts sagen lasse. Der historische Gegensatz zwischen Simón Bolívar und Ferdinand VII. schien seine zeitgenössische Entsprechung in der Konfrontation Chávez – König zu finden. Chávez verweist dabei auf die Unterstützung des damaligen spanischen Ministerpräsidenten Aznar beim gescheiterten Staatsstreich im April 2002.

Einmal mehr unterstreicht der Vorgang, dass die venezolanische Außenpolitik schwer berechenbar ist und ganz vom Präsidenten abhängt. Schließlich waren Spanien und Portugal der amtierenden venezolanischen Regierung bei den ökonomischen Beziehungen und Rüstungslieferungen weit entgegengekommen (Vargas Llosa 2007), wesentlich weiter etwa als die Bundesrepublik Deutschland. Bezeichnenderweise erhielt Chávez bei dem Vorfall in Santiago lediglich die unmittelbare Unterstützung von Daniel Ortega aus Nicaragua, während sich Bolivien und Kuba zurückhielten. Die kubanische Regierung unterhielt auch in der Zeit des Franco-Regimes gute Beziehungen mit Spanien. Von lateinamerikanischen Diplomaten werden die Ausfälle von Chávez eher heruntergespielt. Dies war auch der Fall, als Chávez im Mai 2008 Bundeskanzlerin Merkel mit Hitler verglich und später von einer Entschuldigung sprach. Seine Attacken gegen andere und 2008 auch gegen die Europäische Union wegen einer Begrenzung der Immigration wurden als Versuch des innenpolitischen Geländegewinns gedeutet. Für die spanische Regierung und Öffentlichkeit stellt die Anwesenheit von ETA (*Euskadi Ta Askatasuna*)-Mitgliedern in politischen Ämtern der venezolanischen Regierung ein Ärgernis dar.<sup>6</sup>

5 "Chávez desata duro conflicto con España, polariza la Cumbre e irrita a Bachelet", so die Überschrift in: *La Tercera*, 11.11.2007.

6 Vgl. die Reportage: "Venezuela, el gran 'balneario' de ETA", in: *El País*, 21.03.2010.

Die deutlichste Kritik an Chávez' Paralleldiplomatie in Lateinamerika kommt aus Ländern, wo er bereits in den Wahlkampf eingegriffen hat (Peru) bzw. aus Kleinstaaten Mittelamerikas. In Peru kam es zu einer Kabinettskrise, als bekannt wurde, dass im Lande mit venezolanischer Unterstützung sogenannte "Casas de Alba" in Cusco, Puno, Juliaca und Iquitos aufgebaut wurden. Die Schätzungen über weitere Gründungen reichten bis zu 80 kleineren Büros (*Latin American Weekly Report*, 01.11.2007). Auch der frühere Präsident von El Salvador, Tony Saca, warf dem venezolanischen Präsidenten vor, dass er "bolivarische Zirkel" in El Salvador, den mittelamerikanischen Ländern und Mexiko plane (*Latin American Weekly Report*, 08.11.2007). Er nahm Bezug auf einen Artikel in *El Universal* vom 7. Oktober, wo berichtet wurde, die Regierung habe im Entwicklungsplan 2007-2013 Beträge zur Förderung von sogenannten "alternativen Bewegungen" in Mittelamerika und Mexiko eingestellt.

Unter Chávez hat das Außenministerium an Bedeutung verloren. Ein Elitenwechsel hat eingesetzt, der besonders in der Ausbildungsstätte "Pedro Gual" weit fortgeschritten ist. Die höheren Positionen wurden dort mit Vertretern der Linken besetzt oder mit relativ jungen Gefolgsleuten des Präsidenten. International präsentiert sich Venezuela als Fürsprecher der Armen und Stimmlosen. Die Strategie ging jedoch nur teilweise auf, wie das Scheitern der Kandidatur für den Sitz im UN-Sicherheitsrat unterstreicht. Zunehmend geht die Außenpolitik vom Präsidenten aus. In den ersten Jahren als Außenminister bzw. Vize-Präsident hatte José Vicente Rangel hin und wieder eine moderierende Rolle eingenommen. Nach dem gescheiterten Referendum 2007 hat einer der Vize-Außenminister seinen Posten aufgegeben.

Gegenüber bisherigen Formen der Außenpolitik nicht nur in Lateinamerika weist die amtierende venezolanische Regierung erhebliche Neuerungen auf. Sie hat nicht nur die alten außenpolitischen Eliten ausgetauscht und die internationalen Bündnisse neu ausgelegt, sie hat auch eine zunehmende Internationalisierung des eigenen Landes vorangetrieben. Darüber hinaus stellte die Gründung von "bolivarianischen Zirkeln" in verschiedenen Städten der Welt sowie die Zusammenarbeit der venezolanischen Regierung mit subnationalen Akteuren und Organisationen in anderen Staaten ein Novum dar.

Dies läuft allerdings auf eine Überdehnung der Außenpolitik hinaus. Die besten Verbündeten der Vergangenheit und Haupthandelspartner der Gegenwart (USA, Kolumbien) sind nun die Gegner – angesichts der großen Zahl von kolumbianischen Einwanderern in Venezuela und des Ausbil-

dungsstandes der kolumbianischen Armee eine eigenwillige Entwicklung. Die erklärte Sympathie und nicht genau einzuschätzende Kooperation mit einem sogenannten "Schurkenstaaten" wie dem Iran lässt Venezuela darüber hinaus auf dem Radarschirm der USA auftauchen.

So bleibt ein gespaltenes Bild der neuen venezolanischen Außenpolitik:

1. Es stellt sich die Frage, wie lange ein mittelgroßer Staat eine Außenpolitik mit so starker Präsenz auf der internationalen Bühne fortsetzen kann. Die erste und einfachste Antwort lautet natürlich: Solange der Ölpreis so hoch ist. Venezuela setzt sich jedoch der Gefahr aus, in den Geruch einer Petro- oder "Scheckbuchdiplomatie" zu gelangen.
2. Mit der Anti-Haltung gegen die US-Regierung lassen sich schnell und überall auf der Welt Punkte sammeln. Aber: Wie geht es weiter? Welches Entwicklungskonzept hat Venezuela anzubieten? Und: Kann es in Ländern funktionieren, die nicht über hohe Öleinnahmen verfügen, wie das in dieser Hinsicht bevorzugte Venezuela?
3. Wie werden sich die weiteren Beziehungen Venezuelas mit Lateinamerika gestalten? Die Vorstellung, das Amerika Monroes stünde dem Amerika Bolívars gegenüber, klingt eingängig. Sie stellt aber die Geschichte von fast 180 Jahren in Lateinamerika infrage und kann zu neuen Animositäten führen. Die im Juli 2007 erfolgten Äußerungen zum Beitritt Venezuelas in den Mercosur von brasilianischer und paraguayischer Seite sind ein Beleg dafür. Die Paralleldiplomatie stößt bei anderen lateinamerikanischen Regierungen auf Misstrauen.
4. Und schließlich die starke Personalisierung: Präsident Chávez bestimmt die Außenpolitik und eröffnet mit seinen schwer vorhersehbaren Angriffen auf andere Politiker und Personen stets neue und wechselnde Fronten. Dies bringt ihm zwar schnelle, allerdings auf Dauer folgenlose Präsenz in der Presseberichterstattung, hinter der Hand geht man aber auch in Lateinamerika auf Distanz zu dem schwer berechenbaren Präsidenten.



### Literaturverzeichnis

- Álvarez-Ossorio, Ignacio (2010): "Chávez de Arabia y Persia". In: *El País*, 23.01.2010.
- Arnson, Cynthia/Esfandiari, Haleh/Stubits, Adam (2010): *Iran in Latin America: Threat or 'Axis of Annoyance'?* (Woodrow Wilson Center Reports on the Americas, 23). Washington, D.C.
- Báez, Luis/Elizalde, Rosa Miriam (2005): *El Encuentro*. Publicaciones del Consejo de Estado. La Habana.
- Bodemer, Klaus (2007): "'Petropolitics' – Politischer Diskurs, Geopolitik und ökonomisches Kalkül in den Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinten Staaten". In: *Lateinamerika Analysen*, 16, 1, S. 169-202.
- Boeckh, Andreas (2002): "Die Außenpolitik Venezuelas". In: Calcagnotto, Gilberto/Nolte, Detlef (Hrsg.): *Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch*. Frankfurt am Main, S. 212-225.
- Boersner, Demetrio (1987): "Cambios de énfasis en la política exterior venezolana, 1958-1978". In: *Política Internacional*, 8, S. 1-4.
- Bond, Robert D. (1977): *Contemporary Venezuela and its Role in International Affairs*. New York.
- Burgos, Elizabeth (2006): "Paralelismos cubanos en la revolución bolivariana". In: *Revista Venezolana de Ciencia Política*, 29, S. 39-71.
- Carlisle, Douglas H. (1979): *Venezuela Foreign Policy: its Organization and Beginning*. Washington, D.C.
- Corrales, Javier (2005): "The Logic of Extremism: How Chávez Gains by Giving Cuba So Much". In: *Inter-American Dialogue* (Working Paper, Dez.), S. 2-6.
- Dieterich, Heinz (2001): *Hugo Chávez: Un nuevo proyecto latinoamericano*. La Habana.
- Escovar Salom, Ramon (1980): "Política Exterior de Venezuela". In: *El Nacional*, 51. Caracas.
- Faúndez Ledesma, Héctor (2001): "Lo que natura non da, diplomacia non presta!". In: *El Nacional*, 01.02.2001.
- Gallego, Raquel Gamus (2003): "Los problemas de la gobernabilidad democrática del gobierno de Hugo Chávez en el marco de sus relaciones con Estados Unidos". In: *Cuadernos del Cendes* 20, 54, S. 149-166.
- Golinger, Eva (2006): *Bush vs. Chávez. La Guerra de Washington contra Venezuela*. La Habana.
- Gott, Richard (2000): *In the Shadow of the Liberator. Hugo Chávez and the Transformation of Venezuela*. London/New York.
- Grabendorff, Wolf (1979): "Entwicklungsperspektiven und Entwicklungspole Lateinamerikas". In: *APUZ*, 13, S. 3-17.
- Herrera, Earle (1979): *Por qué se ha reducido el territorio venezolano?* Caracas.
- Herrera Navarro, Ramón (Hrsg.) (2008): *Chávez y el mundo árabe* (serie cuestiones geopolíticas). Caracas.
- Intervenciones 2004: *Intervenciones del Presidente el día 12 de noviembre 2004 (Teatro de la Academia Militar* <[www.infovenezuela.org/democracy/attachments-spanish/T5%20ST06%20N1%20INTERVENCION.pdf](http://www.infovenezuela.org/democracy/attachments-spanish/T5%20ST06%20N1%20INTERVENCION.pdf)> (15.11.2010).

- Jácome, Francine (2007): *Seguridad e integración "Bolivariana" en el marco de la política exterior de Venezuela (1999-2006)*. Caracas (unveröff. Manuskript).
- Kestler, Thomas A. (2005): *Die Krise in Venezuela im Jahr 2002 aus brasilianischer und US-amerikanischer Sicht* (Mesa Redonda, N.F., 21). Eichstätt.
- Langue, Frédérique (2006): "Petróleo y revolución en las Américas. Las estrategias bolivarianas de Hugo Chávez". In: *Revista Venezolana de Ciencia Política*, 29, S. 127-152.
- Lanza, Eloy (1980): *El subimperialismo venezolano*. Caracas.
- Lapper, Richard (2006): *Living with Hugo. U.S. Policy Toward Hugo Chávez's Venezuela*. (CSR, 20). New York.
- Leogrande, William M. (2007): "A Poverty of Imagination: George W. Bush's Policy in Latin America". In: *Journal of Latin American Studies*, 39, S. 355-385.
- Magnoli, Demétrio/Jácome, Francine/Puente, José Manuel/Rios, Sandra/Maduro, Lucia (2007): "Venezuelas Beitritt zum MERCOSUR". In: *Europa América Latina. Analysen und Berichte*, 24. Brazil.
- Maihold, Günther (2008): "Außenpolitik als Provokation. Rhetorik und Realität in der Außenpolitik Venezuelas unter Präsident Hugo Chávez". In: *SWP-Studie*, S. 22.
- Manzur, Morales (1999): "Venezuela y el Mercosur: ventajas estratégicas de las relaciones venezolano-brasileñas". In: *Agenda internacional*, 6, 13. Lima, S. 27-46.
- Marcano Salazar, Luis Manuel (2006): *Política exterior del gobierno bolivariano. Fundamentos conceptuales*. Caracas.
- Ministerio de Relaciones Exteriores (2006): *Libro Amarillo correspondiente al año 2005: Ministerio de Relaciones Exteriores*. Caracas.
- Naím, Moisés (2007): "Rogue Aid. What's Wrong with the Foreign Aid Programs of China, Venezuela, and Saudi Arabia?". In: *Foreign Policy*, März/April, S. 94-95.
- Niño, Elmer (2005): *La diplomacia del Camaleón*. Asunción.
- Petkoff, Teodoro (2009): "Chávez zündelt". In: *Die Welt*, 05.08.2009.
- Picón, Delia (1999): *Historia de la diplomacia venezolana*. Caracas.
- RIA Novosti* (25.07.2009): "Chávez will Panzertruppen verdoppeln – Massive Waffenkäufe angekündigt".
- Romero, Carlos A. (1986): "Las Relaciones entre Venezuela y Estados Unidos: ¿Realidad Histórica u Opción Política?". In: *Política Internacional*, 2, S. 11-14.
- (Hrsg.) (1992): *Reforma y política exterior en Venezuela*. Caracas.
- (2003): "Dos etapas en política exterior de Venezuela". In: *Politeia*, 30, S. 319-344.
- (2006a): "Venezuela y Estados Unidos: ¿una relación esquizofrénica?". In: *Nueva Sociedad*, 206, S. 78-93.
- (2006b): *Jugando con el globo. La política exterior de Hugo Chávez*. Barcelona.
- Romero, María Teresa (2002): *Política exterior venezolana: El proyecto democrático, 1959-1999*. Caracas.
- Rossi, Adriana (2009): "El corredor de la inseguridad". In: *Le Monde diplomatique/el Dipló*, 123, S. 6-7.
- Sánchez, Germán (2006): *Cuba y Venezuela. Reflexiones y debates*. La Habana.

- Schoen, Douglas E./Rowan, Michael (2009): *The Threat Closer to Home: Hugo Chávez and the War Against America*. New York.
- Serbin, Andrés (2006): "Cuando la limosna es grande". In: *Nueva Sociedad*, 205, S. 75-91.
- Shifter, Michael (2010): "Obama and Latin America. New Beginnings, Old Frictions". In: *Current History*, S. 67-73.
- Taylhardat, Adolfo Raúl (1992): "El diplomático venezolano ante los retos del cambio global internacional". In: Romero, Carlos A.: *Reforma y política exterior en Venezuela*. Caracas, S. 191-208.
- Urrutia, Edmundo González (1992): "El funcionario diplomático venezolano". In: Romero, Carlos A.: *Reforma y política exterior en Venezuela*. Caracas, S. 173-190.
- (2006): "Las dos etapas de la política exterior de Chávez". In: *Nueva Sociedad*, 205, S. 159-171.
- Vargas Llosa, Mario (2007): "El comandante y el Rey". In: *El País*, 18.11.2007.
- Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (2000): *Die venezolanische 'Megawahl' vom Juli 2000 und ihre Folgen: Legitimation der Bolivarianischen Republik* (Brennpunkt Lateinamerika, 20). Hamburg.
- Werz, Nikolaus (1984): "Venezolanisch-guyanischer Grenzkonflikt". In: Boeckh, Andreas (Hrsg.): *Internationale Beziehungen* (Pipers Wörterbuch zur Politik, 5). München, S. 504-505.
- (2001): "Chávez en la prensa europea y estadounidense". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 7, 2, S. 147-155.
- Wöhlcke, Manfred (1984): *Ein dritter Weg für die Dritte Welt?* Ebenhausen.
- Yanes, Hernán (2005): *The Cuba-Venezuela Alliance: "Emancipatory Neo-Bolivarismo" or Totalitarian Expansion?* (Occasional Paper Series). Miami.
- Zovatto, Daniel (2007): "Las dos caras de América". In: *Tiempos del Mundo*, 29.03.2007, S. 4-5.